

Stolper Tageblatt



Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage
Bezugspreis: Frei Haus vierteljährlich 16.50 M.,
bei Abholung von der Geschäftsstelle oder von den
Ausgabestellen vierteljährlich 15.— M., monatlich 5.—
M.; durch die Post bezogen vierteljährlich 16.50 M.
Kernsprecher Nr. 25 — Fernsprecher Nr. 926

Stolper Neueste Nachrichten
General-Anzeiger für Ostpommern

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile
innerhalb des Stadt- und Landkreises Stolp 1.00 M.,
von außerhalb 1.25 M.; Reklamezeile 3.— M.;
Ermäßigung laut Tarif. — Anzeigen für andere
Zeitungen und Zeitschriften werden ohne Aufschlag
vermittelt. — Postkassentkonto Stettin Nr. 117

Nr. 21

Mittwoch, den 25. Januar 1922

14. Jahrgang

Chronik des Tages.

Amerika macht seine Mitarbeit in Genua von der Revision der Reparationsbedingungen und der Einschränkung der Rüstungen abhängig.
Die Versammlung der Kardinele zur Papstwahl wurde auf den 2. Februar angeordnet.
In London haben die englisch-französischen Verhandlungen über die schwebenden Streitfragen begonnen.
Bei den Wahlen zum Braunschweigischen Landtag sind 31 Sozialisten und 29 Bürgerliche gewählt worden.
Die Kosten der Betriebsräte bei der Post und der Eisenbahn betrauen sich auf rund 25 200 000 Mark jährlich.
Die interfraktionellen Besprechungen über das Steuerkompromiß sind bisher ergebnislos geblieben.

Poincaré an England.

Englisch-französische Verständigungsversuche.
Die Verhandlungen über alle zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen sind durch eine Note Poincarés an England eröffnet worden. Diese Note befaßt sich mit dem französisch-englischen Garantie-Abkommen. Es handelt sich nicht um eine Note im eigentlichen Sinne, sondern um eine Instruktion an den französischen Botschafter in London Herrn Saint-Clair, wie er der englischen Regierung die Ansicht der französischen Regierung über die zwischen beiden Regierungen schwebenden Fragen, besonders bezüglich des französisch-britischen Abkommens, darlegen soll. Diese Besprechungen sollen fortgesetzt werden, um bald zu einer Regelung der Danglegenheiten zu kommen. Von der Konferenz von Genua wird gegenwärtig nicht geredet.
Havas meldet aus London, es werde dort erwartet, daß die Note Poincarés, die sich auf die Konferenzen von Cannes und Genua bezieht, Lloyd George sofort zugestellt werden wird. Es sei nicht wahrscheinlich, daß vor der Konferenz von Genua eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré stattfinden werde, dagegen würden möglicherweise Poincaré und Lord Curzon zusammentreffen. Ferner wird sich der französische Finanzminister de Laferrière nach London begeben, um mit der englischen Regierung zu verhandeln, sobald die deutsche Regierung der Reparationskommission ihre Vorschläge unterbreitet haben wird.

30 jährige Dauer des Schutzvertrages?

Den Standpunkt der englischen Regierung umschreibt Havas bei dieser Gelegenheit folgendermaßen: Die englische Regierung wird sich damit einverstanden erklären, die Dauer des Abkommens zu verlängern und sie möglicherweise auf 30 Jahre festzusetzen, obwohl sie diesen Zeitraum für zu ausgedehnt hält. Sie wird sich bereitfinden, dem Abkommen gegenseitige Wirkung zu geben, obwohl sie dies nicht als unbedingte Notwendigkeit ansieht. Eine Militärkonvention wird sie ablehnen, ebenso die Ausdehnung des Abkommens auf einen gegen Polen gerichteten Angriff. So werde vorwiegend die Antwort der englischen Regierung auf die Vorschläge der französischen Regierung lauten, wenn die letzteren so aussähen, wie man in London annehme.

Ein amerikanischer Sanierungsplan.

Amerikas Bedingungen für Genua.
Eine zusagende Antwort der Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Beteiligung an der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua steht noch aus, doch dürfte die Washingtoner Regierung voraussichtlich in kurzer Zeit ihre Mitarbeit in Aussicht stellen, wobei allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Neben diese Bedingungen veröffentlicht die Kommission der Vereinigten Staaten der Interamerikanischen Oberkommission, deren Vorsitzender Hoover ist, einen Bericht, worin es heißt:
„Vor ein endgültiger Fortschritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erhofft werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden:
1. die Neuregelung der deutschen Reparationen auf einer Grundlage innerhalb der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes und
2. die Verminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Kontinent noch aufrecht erhaltenen bewaffneten Streitkräfte.
Die „Times“ sagen hierzu, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Teile des amerikanischen Volkes mit dieser Erklärung vollkommen übereinstimmen. Der amerikanische Präsident und das Kabinett, beide Häuser des Kongresses, die Handelskammern, die Bankiers, Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft — sie alle seien der Ansicht, daß dies die Bedingungen für die Wiederherstellung der Welt sind, und daß nur diese Bedingungen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua ermöglichen.
Der „Times“-Berichtstatter weist darauf hin, daß oben erwähnte Bericht der Presse zur Veröffentlichung übergeben würde unmittelbar nach der Erklärung Poincarés, daß Deutschland die gesamte Summe bezahlen müsse, und daß die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua von der Versicherung abhängen werde, daß die Konferenz sich nicht mit der Frage einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles befaße.“

lichung übergeben würde unmittelbar nach der Erklärung Poincarés, daß Deutschland die gesamte Summe bezahlen müsse, und daß die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua von der Versicherung abhängen werde, daß die Konferenz sich nicht mit der Frage einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles befaße.

Zum Tode Benedikts XV.

Die Trauerkundgebungen in der Peterskirche.
Die sterbliche Hülle des Papstes Benedikt XV. wurde vom Thronsaal des Vatikans nach der Sakramentskapelle der St. Peters-Kathedrale zur öffentlichen Ausbahrung übergeführt. Kardinele, Prälaten, das diplomatische Korps, die päpstlichen Hofchergen und die päpstliche Leibwache bildeten das Gefolge. Große Volksmassen strömten nach der St. Peters-Kathedrale. In den ersten Stunden nach der Ausbahrung sind mehr als 200 000 Personen an dem Gitter der Kapelle vorbeigegangen und haben dem verstorbenen Papst die letzte Ehre erwiesen.

Papst Benedikt XV. letzter Wille.

Benedikts letzter Plan war, wie „Popolo Romano“ berichtet, der Konferenz von Genua gewidmet. Er war im Begriff, ein Schreiben an den Erzbischof von Genua zu richten, um die Grundsätze des Heiligen Stuhles über die zu lösenden wichtigen europäischen Probleme darzulegen. Der Brief sollte am Vorabend der Konferenz veröffentlicht werden. Der Papst ist über die ersten einleitenden Sätze nicht hinweggekommen. Darin spricht er seine Freude darüber aus, daß seiner Vaterstadt die Ehre erwiesen sei, einen Völkerareopag zu beherbergen, dem die Aufgabe zuteil werde, die Welt aus den moralischen und materiellen Nöten des fürchterlichsten aller Kriege zu erlösen.

Vatikan und Durrinal.

Zum ersten Male haben drei italienische Minister offiziell den Vatikan besucht, um dem Kardinaldekan ihre Teilnahme anlässlich des Todes des Papstes auszudrücken. Die Regierung ergriff alle Maßregeln zum Schutze der Freiheit der Kirche und der Konklave, und verfügte außerdem, daß auf dem Senat, dem Parlament, den Ministerien und sämtlichen Staatsgebäuden die Tricolore auf Halbmast hängen. Alle Schulen, Theater und Vergnügungsorten des Landes schlossen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 24. Januar.

Weiterberatung des Reichsschulgesetzes.

Zu Beginn der Sitzung teilt der Präsident mit, daß der Punkt „Entgegennahme einer Regierungserklärung“ nur trivialmäßig auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Die Einigungsverhandlungen in der Steuerfrage sind offenbar noch nicht soweit gediehen, daß der Reichskanzler die bereits seit einigen Tagen angekündigte Rede halten könnte.

Nach Erledigung einer kleinen Anfrage über die Versorgung Tirols mit deutscher Kohle wird die Aussprache über das Reichsschulgesetz fortgesetzt.

Abg. Kunert (U. Soz.) hält den Entwurf für außerordentlich mangelhaft. Eltern und Kinder seien nicht gehört worden, nur die Wünsche der Geistlichkeit seien berücksichtigt worden. Hier liefere man die Schule an die Kirche aus. Das geschehe in dem sogenannten neuen Deutschland. Die Unabhängigen werden die Vorlage entschieden bekämpfen.

Abg. Weiß (Dem.): Pflicht des Staates ist, die Schulerziehung nicht nur als Wächter, sondern als Träger zu übernehmen. Wir wollen den Religionsunterricht nicht beiseite schieben, aber es gibt auch noch andere Fächer, die geistig und sittlich bildend sind.

Staatssekretär Schulz: Die Regierung hat den Entwurf schon im Mai vorgelegt. Die Wünsche der älteren Dingen habe ich ebenso gewissenhaft entgegengenommen wie die der übrigen Parteien. Auch die Regierung war keine Freundin der Weltanschauungsschule, die Verfassungsjuristen hielten ihre Aufnahme aber für nötig.

Abg. Frau Lang-Brummann (Bayer. Vp.) erklärt, daß sie die Vorlage ablehnen müsse, schon weil die Bekenntnisschule hinter der Gemeinschaftsschule zurückgesetzt werde. Die Schule muß im Sinne der Familie wirken; dazu ist die Bekenntnisschule am besten geeignet.

Abg. Frau Jettin (Komm. Arbeitsgemein.) hält die Vorlage für eine faule Frucht von einem faulen Baum des Schulkompromisses.

Staatssekretär Schulz erklärt, daß der Entwurf das anzustrebende Reichsschulgesetz nicht ersetzen solle. Es sei aber nötig, wenn man nicht auf jede Reform im Schulwesen auf alle Zeiten verzichten wolle.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): In Weimar hat sich Staatssekretär Schulz den Drei eingeordnet, den er ewig ausschließen muß und über den er zu Grunde gehen muß, nicht als Beamter, wohl aber als Politiker und Schulmann.

Die Aussprache wird geschlossen und die Vorlage dem Ausschuss für Bildungswesen überwiesen.
Der Reichstag vertagt sich auf Mittwoch; Kleine Vorlagen und Interpellationen.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 24. Januar.

Die Vorlage über die Gewährung eines weiteren Ausgleichs an unentgeltbare Staatsbeamte und Lehrpersonen wird auf einen Antrag Ebersbach (Dntl.) nach-

träglich auf die Tagesordnung gesetzt und in sämtlichen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzesantrag über Erhöhung der Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird in der Fassung angenommen, daß nicht, wie vorgeschlagen, eine glatte Verdoppelung, sondern eine Staffelung nach der Höhe des Objekts eintreten soll. In dieser Fassung wird der Vorlage in erster und zweiter Lesung zugestimmt.

Das Haus setzt darauf die Beratung der Anträge über Abhilfe der

Schäden in den besetzten Gebieten.

Wirtschaftsbeihilfen, Uebervachung der Schulen usw. fort.

Staatskommissar für Volksernährung Dr. Sagedorn: Die Reichszuschüsse für die Brotversorgung werden in der nächsten Zeit bedeutend abgebaut. Für besondere Zwecke zur Befreiung der schwierigen Ernährungslage Mittel zur Verfügung zu stellen, ist Reich und Preußen nicht in der Lage. Es wird erzwungen, Zwangskieferungen für Milch anzuordnen. Besondere Kommissionen sollen sich mit der Ermittlung der Kartoffelpreise beschäftigen. Sobald bei etwas Wetter eintritt, sollen Kartoffeltransporte erfolgen. Die Verhandlungen zwischen Verbrauchern und Erzeugern über Versorgungsbeziehungen werden amtlich unterstützt. Was das Anlagereparatur angeht, so hoffen wir mit einem unmittelbaren Ueberschussausgleich Härten vermeiden zu können.

Abg. Haas (Soz.): Besetzungszulagen der Gemeinden müssen auch nach unserer Ansicht von der Gesamtheit getragen werden. Auch wir protestieren gegen die Schulaufsicht der Rheinlandkommission.

Abg. Tannler (D. Vp.): Die Minister und ihre Räte sollten öfter das Rheinland besuchen, sich aber nicht auf Festeigen dabei beschränken. Die Lage der Bauern infolge der Dürre bedeutet eine große Gefahr. Wenn die Reichs- und Staatsregierung eine Hilfsaktion ablehnt, wenn die Ruiermittelknappheit anhält, so sind die Bauern zum Abschichten ihres Viehs gezwungen.

Nachdem noch Abg. Frau Dönhoff (Dem.) und Dr. Hermann (D. Vp.) gegen die Schulaufsicht der Rheinlandkommission und die Verwendung der schwarzen Truppen im besetzten Gebiet protestiert haben, schließt die Aussprache. Es folgt die Beratung über die deutschnationalen Anträge zur

Entschädigung der aus Polen vertriebenen Landwirte und über ihre Berücksichtigung bei der Neubesehung von Domänen.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Was den deutschnationalen Antrag bezüglich der Entschädigung der Auswanderer, die aus den an Polen abgetretenen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrt sind, betrifft, so soll diesen Vertriebenen gemäß einem Uebereinkommen zwischen dem Reich und Preußen geholfen werden. Die zur Verfügung stehenden Summen werden zu dem gebachten Zweck tatsächlich ausreichen. Am wirksamsten wird den Siedlern geholfen werden können, wenn die Landbesitzungsfrage gelöst ist, denn damit ist zugleich die Siedlungsfrage gelöst. Es handelt sich ungefähr um 3000 zurückkehrende Anwohner. Bei dieser Höhe der Zahl ist vorläufig an eine direkte Hilfe nicht zu denken, da schon 4000 Anwohner vorhanden sind.

Darauf wird die Beratung abgebrochen, um die namentlichen Abstimmungen vorzunehmen über die Anträge des Geschäftsordnungs Ausschusses, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgg. Schönbeck (Komm.) und Eberlein (Komm.) zu erteilen. In beiden Fällen wird die Genehmigung erteilt.

Hierauf wird die Beratung über die aus Polen vertriebenen Landwirte fortgesetzt.

Abg. D. Reinhard (Dntl.) bittet um einstimmige Annahme der Anträge seiner Partei. Parteipolitik müsse hier schweigen. Die vom Minister für die Entschädigung genannten Summen seien völlig unzureichend.

Eingegangen ist ein dritter deutschnationaler Antrag, dahin einzuwirken, daß die angeklagt als Bergleistungsmahnen gegen das deutsche Kapitalstichgesetz polnischen erhobenen Abzugsgaben von 50 bis 80 Prozent des Vermögens in Wegfall kommen, und ferner durch geeignete Maßnahmen die Unterbringung der Vertriebenen erleichtert wird.

Die Abgg. Schifan (D. Vp.) und Hoff (Dem.) sind mit den Anträgen einverstanden.

Abg. Wende (Soz.) ist nur mit einem Teil der Anträge einverstanden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch; Etatsberatung.

Politische Rundschau.

Berlin, den 25. Januar 1922.

Das Wahlergebnis in Braunschweig. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, sind nach dem nun vorliegenden nichtamtlichen Ergebnis die Landtagswahlen in Braunschweig wie folgt ausgefallen: Landeswahlverband 100 718 Stimmen, Demokraten 28 373, Mehrheitssozialdemokraten 52 406, Unabhängige 74 499 und Kommunisten 10 230. Dem Blatt zufolge erhalten der Landeswahlverband 23 Sitze, die Demokraten 6, die Mehrheitssozialdemokraten 12, die Unabhängigen 17 und die Kommunisten 2 Sitze, so daß sich eine sozialdemokratische Mehrheit von zwei Sitzen ergibt.

Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß. Die interfraktionellen Besprechungen, die am Montagabend beim Reichskanzler mit Vertretern der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialisten über das Steuerkompromiß stattfanden, blieben ergebnislos. Infolgedessen war der Reichskanzler auch nicht in der Lage, im Reichstag eine Erklärung über den von der Reparationskom-

Amtl. Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Gemäß § 15 der Wahlordnung vom 3. Juli 1912 wird die für die Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner der Angestelltenversicherung von der Gruppe der Arbeitgeber aufgestellte gültige Vorschlagsliste hierdurch öffentlich bekannt gemacht:

Vorschlagsliste des „Dänommerischen Arbeitgeberverbandes“
 C. D. für den Reg.-Bez. Köslin und angrenzende Gebiete
 zu Stolp i. Pom.

- I. Vertrauensmänner.**
1. Kaufmann Paul Dettinger in Stolp, Markt 4.
 2. „ Bruno Schlenger in Stolp, Bachstr. 8.
 3. Oberingenieur Karl Wolters in Stolp, Wasserstr. 5.
- II. Erste Erfahrmänner.**
4. Kaufmann Artur Bommerening in Stolp, Chausseestr. 8.
 5. „ Georg Reins in Stolp, Präsidentenstr. 43.
 6. Spediteur Ernst Seefeldt in Stolp, Brüstower Chaussee.
- III. Zweite Erfahrmänner**
7. Kaufmann Johannes Reizmann in Stolp, Gr. Auerstr. 6.
 8. „ Hermann Mundt in Stolp, Neutorstr. 43.
 9. „ Robert Bollmann in Stolp, Umlandstr. 10.

Da die Arbeitgeber nur eine Vorschlagsliste eingereicht haben, so findet bei dieser Gruppe gemäß § 16 der Wahlordnung keine Wahl statt. Die Vorgenannten sind somit als gewählt anzusehen.
 Stolp, den 23. Januar 1922.

Der Wahlleiter
 Zieffe, Oberbürgermeister.

Gestern abend verstarb hier selbst nach längerer Krankheit im Alter von 40 Jahren, unser Hilfsarbeiter

Herr Magistrats-Assessor

Hermann Kessler

von 1913 bis 1920 Rechtsanwalt in Charlottenburg und während des Krieges im Heeresdienst, zuletzt als erster Adjutant des Kommandanten der Festung Löben.

Herr Kessler hat hier seit fast einem Jahre als Vorsitzender des Mieteinigungsamtes in schwieriger Stellung gewirkt. Auch solche, welche mit seinen Entscheidungen nicht zufrieden gewesen sind, werden anerkennen müssen, daß er eine selbständige, aufrechte und unabhängige Persönlichkeit war, die das Bestreben hatte, dem Recht zum Siege zu verhelfen.

Wir betrauern seinen frühzeitigen Heimgang und werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Ueberführung zum Bahnhofs findet vom städt. Krankenhaus aus am Freitag, den 27. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr statt.

Stolp, den 24. Januar 1922.

Namens des Magistrats.
 Zieffe, Oberbürgermeister.

Die Beerdigung unserer geliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter der Frau

Henriette Holder

findet am Freitag, den 27. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Beginn der Trauerfeier 3 Uhr.

Bruno Holder.

Beste Kapitalsanlage!

Wir nehmen bis auf weiteres Einzahlungen für unsere Abteilung „Darlehen“ entgegen und verzinsen dieselben bei monatlicher Kündigung mit 8%
 „ vierteljährlicher „ „ 12%
 „ halbjährlicher „ „ 18%
 Geschäftsbearbeitungen verleiht auf Wunsch Bankgeschäft
Weidemann & Co., Berlin SW 61.

Für Stotternde!

Um allen Anfragen zu genügen, wobei ich um Auskunft über mein neuestes Verfahren zur Beseitigung des Stotterns gebeten werde, so wird mein Vertreter Herr Düe am Sonntag, den 29. Januar von 10-3 Uhr in Stolp, Bahnhofs-Hotel, Sprechstunden abhalten, um allen Interessenten, welche sich vertrauensvoll an mich wenden wollen, mündliche Auskunft zu geben über mein neues, bedeutend verbessertes, gesetzlich geschütztes Verfahren (D. R.-P. 251 597). Stotterer können sich mit Hilfe meines sehr einfachen Verfahrens meist sehr bald von ihrem Stotterübel befreien. Garantie wird gewährleistet (bei Kindern kann das Übel mit Hilfe der Eltern beseitigt werden). Viele haben sich in kurzer Zeit mit Hilfe meines Verfahrens vom Stotterübel befreit. Fast täglich laufen Dankschreiben ein. Ein großer Teil dieser Original-Briefe liegt in der Sprechstunde zur gefälligen Einsicht bereit. Manche Stotterer davon hatten schon vorher anderweitig mehrere Kurse und andere Mittel angewandt ohne den gewünschten Erfolg erzielt zu haben.

Mein Verfahren ist wohl der billigste und einfachste Weg zur gründlichen Beseitigung des Stotterüfels (ohne Berufshilfe). Veräume es kein Interessent, meine Sprechstunde zu besuchen. Auch bitte ich alle Stotterer, die schon anderweitig Kurse besucht, oder Apparate bezogen, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, um Aufklärung meine Sprechstunden zu besuchen. Die Auskunft ist kostenlos.

Sprach-Institut Sagenburg (Sch.-Lippe).

H. Steinmeier.

Der Welt grösster Film

„Das indische Grabmal“

mit Mia May.

Weine

Vor der Preissteigerung eingekauft, daher günstiges Angebot.
Rotweine von 16 Mark aufwärts.
1920er Weissweine, vorzüglicher Jahrg.
Schaumweine,
Jamaica-Rum, ff. Liköre.
M. Schmidt, Weingroßhandlung,
 Bahnhofshotel.



Bruchleidende!

Sie erhalten ein wirklich guttendes Bruchband

Sanitätshaus Rags

Inh.: gepr. Bandagistmstr. Rags

Stolp i. Pom.
 Solstentorstr. 4, neben dem Hauptzollamt.

Trockenes Brennholz

zu verkaufen
 Fernruf 696. **Gebrüder Burow** Solzstraße 8.

Sandwirte!

Jetzt ist die geeignete Zeit,

Reparaturen

an Geräten und Maschinen

aller Art ausführen zu lassen, damit solche zur Gebrauchszeit intakt sind.

Unsere modern ausgestattete, sachmännisch geleitete Werkstatt bietet Garantie für prompte, sachgemäße und preiswerte Erledigung aller vorkommenden Arbeiten. Wir empfehlen dringend, uns etwaige Aufträge ungesäumt zu erteilen.

Fachtüchtige Monteuere!

Großes Ersatzteillager!

Witt & Svendsen

G. m. b. H.

Fabrik u. Großlager landw. Maschinen
Stolp i. Pom.

Fernspr. Nr. 50. Fernspr. Nr. 50.

Reparaturen.

an
Uhren
 führt sauber und preiswert aus.
Ernst Gatz, Uhrmachermeister,
 Solstentorstraße 17.
 — Bitte genau auf die Firma achten. —

Übernahme u. gewissenhafte Ausführung

von
Neubauten : Umbauten
:: Ausbesserungen ::
 preiswert bei Garantie.
Anfertigung moderner Entwürfe, Berechnungen,
Kostenanschläge, Wert-, Feuer-, Schadentagen.
Architekt Karl Voss Baugeschäft
 Geersstraße 30. Fernruf 988.

Chauffeur

durchaus tüchtig und sicher im Fach für sofort in dauernde Stellung gesucht.
 Offerten mit Zeugnisabschriften unter Z 246 an die Expedition dieser Zeitung senden.

Für Instandsetzungen, Neuanschaffungen

marktmittler Betriebe und Molkerei-Diakonien
 Ausbenten von Feuerbüchsen in Dampfmaschinen

empfiehlt sich

Paul Fast,

Maschinenfabrik und Kesselschmiede.
 Danzig, Motteubuden 30/31.

Alt-Metall

Kupfer Messing Zinn

kauft zu Tagespreisen

Metallgießerei

Herm. Nikolai & Sohn

Zu mieten oder kaufen gesucht

Laden

m. 3 Zimm.-Wohnung oder schon bestehendes

Räucherfisch-Geschäft

od. ähnl. in bester Lage.

Et. Off. m. Preis an

Wib. Rackow, Kolberg

Vogelsang 4.

Lederwaren

kauft man am besten und billigsten im

Sattlergeschäft Goldstr. 2.

Kleiner Laden

Riesen-Auswahl, großer Umsatz, daher billige Preise.

Maskenkostüme

verleiht

Eränkner, Stephanplatz 8.

Pickel u. Mitesser!

Nasen- u. Hautröte!

Ein einfaches wunderbares Mittel teile kostentl. mit. Genau angeben für welchen Schönheitsfehler!

Frau M. Poloni

Hannover H. 201 Schließbach 106.

Gebrauchte

Weinflaschen

kauft

Franz Hackbarth

Weingroßhandlung

Fernspr. 405. Kirchplatz 12.



Größtes Lager

in

Uhren, Goldwaren,

Trauringen

Willy Schübner,

Paradiesstraße 24

Gde Magazinstraße.

Hob-Koulaux

für Wohn- u. Schaufenster

W. Eränkner, Stephanplatz

Stauböl

preiswert

Bismard-Drogerie

W. Cramer

vorm. Magdalinski

gegenüber Meins Solz.
 Tel. 519.